## **Deutscher Bundestag**

16. Wahlperiode 30.08.2006

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Roland Claus, Katrin Kunert, Jan Korte, Elke Reinke, Dr. Petra Sitte und der Fraktion DIE LINKE.

## Übernahme der KZ-Gedenkstätte Lichtenburg in Prettin aus der Trägerschaft des Bundes in die Trägerschaft des Landes Sachsen-Anhalt

Die KZ-Gedenkstätte Lichtenburg in Prettin ist - wie der Landtag Sachsen-Anhalt im Jahre 2002, unterstützt durch Forschungsergebnisse, einstimmig feststellte – eine Gedenkstätte von überregionaler Bedeutung. Damit sie erhalten und ausgebaut werden kann, soll sie in die im Februar 2006 vom Landtag Sachsen-Anhalt beschlossene Gedenkstättenstiftung eingegliedert werden. Voraussetzung für diese Eingliederung ist jedoch die Übernahme der KZ-Gedenkstätte aus der Trägerschaft des Bundes in die Trägerschaft des Landes Sachsen-Anhalt. Zu dieser Übernahme ist es bisher trotz bereits jahrelanger Verhandlungen der Landesregierung mit dem Bund nicht gekommen. Infolgedessen ist die KZ-Gedenkstätte akut gefährdet. Eine weitere Gefährdung ergibt sich aus der unklaren Gesamtperspektive des Schlosskomplexes Lichtenburg, von dem die KZ-Gedenkstätte nur einen Teil ausmacht.

## Wir fragen die Bundesregierung:

- 1. Stimmt die Bundesregierung der Bewertung der KZ-Gedenkstätte Lichtenburg als Gedenkstätte von überregionaler Bedeutung zu?
- 2. Welche Gründe sieht die Bundesregierung dafür, dass die Verhandlungen zur Übernahme der KZ-Gedenkstätte aus Bundes- in Landesträgerschaft bisher nicht zum Erfolg geführt haben?
- 3. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Übernahme in Landesträgerschaft rasch zu realisieren?
- 4. Sieht sich die Bundesregierung bei der Erhaltung der KZ-Gedenkstätte Lichtenburg und der Sicherung des gesamten Schlosskomplexes in Mitverantwortung?

Ist sie im positiven Falle bereit, mit dem Land Sachsen-Anhalt gemeinsam ein tragfähiges inhaltliches, personelles und finanzielles Konzept zur Sicherung des gesamten Schlosskomplexes zu entwickeln, und welchen Inhalt soll dieses Konzept haben?

Berlin, den 30. August 2006

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

